

Pressemitteilung

Informationsverweigerung als Arbeitsprinzip des Stadtvorstandes

Die Informationsverweigerung gehört offenbar zum Arbeitsprinzip des Stadtvorstandes. „Nicht nur die Oberbürgermeisterin sondern auch der Stadtkämmerer haben keine Lust, Anfragen von Bürgern sachlich und gewissenhaft zu beantworten“, bedauern Wilhelm Zimmerlin, Gerd Cremer und Reinhard Nühlen vom Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik e.V. (BüFEP) Die BüFEP hatte den Stadtkämmerer und Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Heinrich nach den konkreten Hintergründen für den Wertpapierverlust in Höhe von einer halben Million Euro sowie für die Verluste von rund 2,5 Millionen Euro bei Zins-Swap-Geschäften der städtischen Gesellschaften BGK und BAD gefragt.

Der Stadtkämmerer hat es penibel vermieden, Fakten zu nennen, sondern lediglich mit allgemeinen Ausführungen geantwortet, teilen die BüFEP-Vertreter mit. Ohnehin müsse er nach dem Landesinformationsgesetz gar keine Auskünfte geben, meinte Heinrich. Gegen diese Informationsverweigerung hat die BüFEP formell Widerspruch erhoben und darüber hinaus den Landesbeauftragten für Informationsfreiheit eingeschaltet.

Die BüFEP ist überzeugt, dass viel Geld verspekuliert wurde. Heinrich behauptet in seinem Antwortschreiben, die Wertpapiere der BGK und BAD seien nicht riskant gewesen. Allerdings schreibt er auch, dass der Stadtrat am 22.03.2012 eine Richtlinie für Kapitalanlagen beschlossen hat, um spekulative Anlageformen auszuschließen. Kurz darauf wurden die Wertpapiere mit hohen Verlusten verkauft. Da passt nach Auffassung der BüFEP einiges nicht zusammen. Auch die von Heinrich vertretene Meinung, man dürfe nicht nur die Wertverluste sondern müsse auch die Zinserträge sehen, kann laut BüFEP nicht über den erlittenen Vermögensschaden hinwegtäuschen.

Dasselbe gilt für die schlecht verlaufenden Zins-Swap-Geschäfte. Wie Heinrich einräumt, bleiben dadurch die relativ hohen Zinssätze über die gesamte Laufzeit der Darlehen von vielen Millionen Euro konstant hoch. „BGK und BAD können folglich nicht von den drastisch gesunkenen Zinsen profitieren, sondern müssen weiter die hohen und vermeidbaren Zinskosten tragen. Das geht alles auf Kosten der Bürger. Die Frage der Verantwortlichkeit steht im Raum“, so die BüFEP.